

Kirchliches Erbe von 68

Die Studentenunruhen Ende der sechziger Jahre – gemeinhin mit dem Etikett „68“ versehen, weil sie in diesem Jahr ihren Höhepunkt erreichten – sind wie alle gesellschaftlichen Ereignisse und Strömungen auch an der Kirche nicht spurlos vorbeigegangen. Das antiautoritäre Lebensgefühl, die Forderungen nach offener Diskussion, nach Mitsprache und umfassender Demokratisierung trafen hier mit dem reformerischen Aufbruch der Jahre nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil zusammen. In der Bundesrepublik hatte der Katholikentag von 1966 in Bamberg erste Schritte zur „Eindeutschung des Konzils“, wie man es damals nannte, unternommen. Der Essener Katholikentag vom 4. bis 8. September 1968 sollte unter dem Thema „Mitten in dieser Welt“ diesen Prozeß weiterführen. Daß dort die Auswirkungen der 68er Bewegung zu heftigeren und auch kontroverseren Diskussionen als in Bamberg führen würden, war vorauszusehen.

Als dann am 29. Juli, wenige Wochen vor Beginn des Katholikentages, die Enzyklika „Humanae vitae“ erschien, hatte das Jahr 1968 in der katholischen Kirche sein Thema. Mit dem grundsätzlichen Verbot aller empfängnisverhütenden Mittel wurde die Enzyklika zum Kristallisationspunkt der Kritik und des Protests. Papst Paul VI. hatte gehofft, „die Menschen unserer Tage“ würden „den zutiefst vernünftigen und dem Menschen entsprechenden Charakter“ des grundlegenden Prinzips von *Humanae vitae* erfassen. Das Gegenteil trat ein: Noch nie zuvor hatte eine päpstliche Verlautbarung in der Kirche selbst einen solchen Widerspruch gefunden. Grund dafür war nicht nur der so sensible Bereich der Sexualität, sondern vor allem die Forderung des Papstes, nicht wegen der Sachargumente, sondern aufgrund der Autorität des päpstlichen Lehramts die Thesen der Enzyklika zu akzeptieren. Diese Forderung zielte in den Kernbereich der Überzeugungen, die sich in diesem Jahr so massiv Ausdruck verschafften. Eine Autorität unbefragt hinzunehmen, verstieß gegen die Grunddogmen der Zeit. Eine große Mehrheit gerade der kirchlichen Engagierten sah die Beweisgründe des Papstes als nicht schlüssig an. So konzentrierte sich die innerkirchliche Diskussion mit einer bis dahin unbekannten Heftigkeit auf die Enzyklika und damit auf den Anspruch des kirchlichen Lehramts, verbindliche Entscheidungen zu fällen.

Auf dem Katholikentag in Essen kam das alles zum Ausbruch. Die verbreitete Kritik an den „Verkrustungen“ der Kirche, das Drängen nach Veränderung und Reform wurde aufgrund der Enzyklika nur noch radikaler. Die Forderungen hießen Mitbestimmung, Demokratisierung, kollegiale Formen der Wahrheitsfindung. Bischöfe, Priester und Laien sollten gemeinsam beraten und gemeinsam sachgerechte Entscheidungen erarbeiten, wie es das holländische Pastoralkonzil auf seinen beiden ersten Sitzungen im Januar und März 1968 vorexerziert hatte.

Nach diesem Vorbild verlangte man in Essen auch ungestüm ein deutsches Pastoralkonzil.

Die Kirche in der Bundesrepublik erwies sich diesen Herausforderungen gegenüber als elastisch, offen und erneuerungsfähig. Auf die turbulenten Diskussionen antwortete sie damals mit Reform, Wandel und Integration, ohne die eigene Substanz zu opfern. Zunächst hatten die Bischöfe schon kurz vor dem Essener Katholikentag mit ihrer Königsteiner Erklärung vom 30. August das richtige Wort gefunden. Sie wiederholten nicht nur die traditionellen Prinzipien der Theologie über das Verhalten gegenüber nichtunfehlbaren Entscheidungen des kirchlichen Lehramts. Sie sahen in dem kritischen Echo auf die Enzyklika auch positive Aspekte, nämlich einen „heilsamen Läuterungsprozeß“, den Beginn „neuer Formen der Verwirklichung von Autorität und Freiheit in der Kirche“. Damit könne das Ganze „ein wirksamer Beitrag zur Erneuerung der Kirche im Sinn des Zweiten Vatikanischen Konzils sein“.

Der entscheidende Beitrag der Bischöfe zur Klärung der Situation war die Einberufung der Gemeinsamen Synode (1971–1975). Die Synode wurde zu einer vorbildlichen Verwirklichung der Prinzipien des Konzils von der gemeinsamen Würde aller Glieder der Kirche und ihrem Recht auf Mitsprache. Die Offenheit der Diskussionen und die Dialogbereitschaft der Bischöfe schufen eine Atmosphäre, in der trotz aller Spannungen und Konflikte einvernehmliche Lösungen gefunden werden konnten. Die Integrationskraft dieses Ereignisses kann gar nicht überschätzt werden. Es ist nicht zuletzt der Synode zu verdanken, daß die Auseinandersetzungen nicht zu einem Gegeneinander feindlicher Lager führten, sondern daß alle miteinander im Gespräch blieben und daß die Einheit der Kirche und auch die Bedeutung des Amts nie in Frage gestellt wurde.

Die zentralen Probleme, die 1968 die Diskussion bestimmten, sind jedoch auch heute noch nicht gelöst. Das gilt zunächst für den unverändert großen Dissens zwischen dem kirchlichen Lehramt und einer breiten Mehrheit der Katholiken in der Grundaussage von *Humanae vitae*, zumindest in Europa und den USA. Zwar äußert sich die Kritik nicht mehr so lautstark und so eruptiv wie vor 20 Jahren. Das ist jedoch kein Zeichen einer stärkeren Zustimmung, sondern eher einer wachsenden Distanz: Man läßt die kirchlichen Forderungen auf sich beruhen und geht seinen eigenen Weg. Diese Vorgänge wären nicht sonderlich erregend, wenn sie nur dieses eine Thema beträfen. Sie reichen aber tiefer, weil in ihnen die Autoritätskrise zum Ausdruck kommt, die – nicht erst seit 1968 – alle Lebensbereiche umfaßt. Diese Infragestellung von Ordnungen und Herrschaftspositionen kann nicht überwunden werden, wenn man nur zum Gehorsam und zur Befolgung überkommener Normen aufruft. Autorität muß heute neu glaubhaft gemacht werden, nämlich als die Überlegenheit dessen, der etwas zu sagen hat und durch die Kraft seiner Argumente überzeugt. Hier steht auch die Kirche noch vor einer großen Aufgabe.

Wolfgang Seibel SJ